

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion:  
Gebr. Arnhold, Dresden  
und Sachf. Staatsbank.

Abgabebereich einschließlich Zeitungslohn mit den wöchentlichen Be-  
tragen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben  
Korona 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile  
30 Goldpf., die 10 mm breite Nonpareilzeile 150 Goldpf. für aus-  
wärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen-  
u. Kleingelege 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 77

Dresden, Montag den 31. März 1924

35. Jahrg.

## Die Justiz gegen den Republikaner

### Das Tendenzurteil gegen Zeigner

Das Gericht hat es trotz den Ergebnissen der Beweis-  
aufnahme fertiggebracht, Zeigner zu 3 Jahren Ge-  
fängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust zu verurteilen,  
während man den Gauner Möbius mit 2 Jahren davon-  
kommen ließ. Es hat damit ein Urteil gefällt, das bezeichnend  
ist für den Geist der Justiz der Republik und das neben das  
Zustandsurteil gegen Fiedler und andere Urteilsprüche  
gestellt werden muß, in denen sich der antirepublikanische  
Charakter unserer Justiz zeigte. Niemand wird es einfallen  
lassen, das Urteil zu entschuldigen. Aber daß es das Opfer  
einer gewissenlosen und unverantwortlichen Gehe-  
weide ist für jeden, der sehen will, klar. Zeigner erfreute sich  
als Minister des größten Gusses aller Reaktionäre, weil  
er entschiedener für Republik, Demokratie und Sozialismus  
trat. Raum ist jemals in Deutschland ein Mann in der  
reaktionären Presse so mit Dreck beworfen worden, wie  
Zeigner. Besonders skrupellos gingen dabei die Leipziger  
Reaktionäre zu Werke, die es fertig brachten, von  
dem Herrn der Villa Seiderose zu sprechen, obgleich  
Zeigner nur Inhaber einer bescheidenen Wohnung auf  
dem Weihen Kirch war. Aber es ist bei den deutschen Reak-  
tionären alle Tradition, daß sie versuchen, einen sozialdemo-  
kratischen Führer verächtlich herunterzureißen und zu ver-  
dammen. Zeigner hat sich besonders den Güssen der Reaktionäre  
ausgesetzt, weil er mit Erfolg bemüht war, Verwaltung und  
Justiz mit zuverlässigen Republikanern zu durchsetzen.  
Dadurch hat er ja auch besonders den Born der Kreise erregt,  
die dann die Justizmaschine gegen ihn handhaben.

Nach den beschworenen Aussagen des Genossen Graf  
hat der Staatsanwalt Fiedler, der zuerst mit der Unter-  
suchung der Zeignersache betraut war, geäußert: „Dem Dr.  
Zeigner werden wir es schon heimzahlen mit seinem ver-  
schlungenen republikanischen Räterund.“ So  
die Korruption ist nur in einer Republik möglich. Die Ver-  
sehung der Republikaner hat dazu geführt, daß wir ein  
ander Staatsanwalt auf die Nase gesetzt worden ist. Ich bin  
jetzt in der Gefängnisgruppe X, sonst wäre ich in der Gruppe XI.“  
Der Herr Staatsanwalt hat ja diese Äußerungen abzu-  
schwören versucht. Aber da der Genosse Graf keine Aus-  
sagen beizubringen hat, wäre ein Disziplinarverfahren gegen  
den Dr. Fiedler sehr am Platze. Ein Staatsanwalt, der  
einen Angeklagten an Objektivität derart zeigt, ge-  
hört sicher nicht an seine Stelle. So ist der Verdacht nur zu  
begründet, daß nicht nur an dem Republikaner und  
Sozialdemokraten Rache genommen werden sollte, son-  
dern auch an dem ehemaligen Staatsanwalt, der alle seine  
Kräfte aufbringen wollte und durch dessen Personalpolitik  
viele von ihnen beleidigt und geschädigt fühlen. Wenn  
in der bürgerlichen Presse so getan wird, als wenn Zeigner  
bei seinen Verurteilungen nur nach dem Parteibuch gegangen sei,  
so ist das wieder eine jener großen Verleumdungen, die man  
dem sozialdemokratischen Minister gegenüber für erlaubt  
hält. Selbstverständlich war Zeigner bei seiner Personal-  
politik nicht gegen Mißgriffe gefeit. Niemand aber, der die  
Dinge kennt, kann ablegen, daß gerade durch Zeigner eine  
Anzahl Beamte an wichtige und verantwortliche Stellen be-  
ruhen wurden, deren Tätigkeit von niemand bezweifelt  
wird und die sich auch die Achtung politischer Gegner er-  
warben haben.

Als die ersten Nachrichten über das Verfahren gegen  
Zeigner bekannt wurden, war das natürlich ein gesundes  
Zeichen für alle die Kreise, die bisher schon gegen Zeigner  
in der meistesten Weise gehetzt haben. Von vornherein hatte  
man es darauf angelegt, einen großen politischen  
Tendenzprozeß gegen die Sozialdemo-  
kratie ins Werk zu setzen. Man tat so, als wenn hier  
ein furchtbar finkender sozialdemokratischer Korruptionsherd  
entdeckt sei. Dementsprechend wurde auch der Prozeß in  
der Presse aufgeblasen. Zwischen Beamten, die bei der Vor-  
bereitung des Prozesses tätig waren, und Vertretern der re-  
aktionären Presse muß eine höchst bedenkliche Verbindung  
bestanden haben. Wiederholt wurden Nachrichten über den  
Gang der Vorbereitung des Prozesses in der Öffentlichkeit  
gemacht, wobei in der allergeringsten Weise gelogen  
wurde. So wurde behauptet, daß aus der Fülle des Mate-  
rials nur 5 Fälle herausgesucht wurden. Auch in der Justiz  
wurde der Prozeß „entsprechend vorbereitet“. Man  
machte statt Zeigner den unbedeutenden  
Möbius zum Hauptangeklagten, damit der  
Prozeß vor eine mit zuverlässigen deutschen Richtern  
besetzte Kammer kam, die es auch dann fertig brachten, zu  
entscheiden, daß sie gegenüber dem früheren Justizminister und  
Ministerpräsidenten nicht befangen wären.

Eine sehr üble Rolle bei der Vorbereitung des Pro-  
zesses hat der deutschnationale Rechtsanwalt Meizer ge-  
spielt, der sich nicht scheute, sich eines so zweifelhaften  
Individuums wie Möbius zu bedienen, um den  
sozialdemokratischen Zeigner zu verderben. Seiner  
Mithilfe ist es zum guten Teil zuzuschreiben, daß  
Möbius in der Voruntersuchung bewußt falsche Angaben ge-  
macht hat, weil er die Hoffnung hatte, dadurch für sich etwas  
herauszuschlagen.

Was ist aber von all den Behauptungen über die  
Zeigner-Korruption geblieben? Trotz an-  
gestrengtem Suchen hatte man im ganzen nur 5 Fälle ent-  
decken können, in denen überhaupt der Verdacht der Be-  
stechung bestand, und nur in zwei Fällen ist schließlich das  
Gericht zu einer Verurteilung wegen Bestechung gelangt.  
Wir haben schon in einem früheren Artikel darauf hin-  
gewiesen, wie sehr an den Gaaren herbeigezogen die Gründe  
sind, mit denen man beweisen will, daß Zeigner sich habe  
bestechen lassen.

Das Gericht aber hat sich in den zwei Fällen, wo es  
verurteilt hat, die merkwürdige Begründung des Staats-  
anwalts zu eigen gemacht. Weil Zeigner den Brandt die  
ihm überreichte Gans nicht sofort zurückgegeben, sondern erst  
nachträglich den Möbius mit der Rückgabe der Gans  
beauftragte, bekommt er allein ein Jahr Gefängnis.  
Zeigner war über das ihm überreichte Geschenk auf äußerste  
entsetzt. Er hat nicht im geringsten die Absicht gehabt, die  
Gans zu behalten, oder sich durch das überreichte Geschenk be-  
einflussen zu lassen. Er hat nur, was bei seiner Veranlagung  
zu begreifen ist, nicht die Entschlußkraft und den Mut be-  
sessenen, die Gans dem Geschenkgeber sofort entrückt zurück-  
zugeben. Lat nichts — der Jude wird verbrannt. Wenn  
schon das Gericht geglaubt hätte, aus formal juristischen  
Gründen hier nicht völlig freisprechen zu können, so hätte  
man zum mindesten erwarten können, daß die denkbar mil-  
deste Strafe verhängt wird. Aber es stand ja der ehemalige  
sozialdemokratische Justizminister und Ministerpräsident vor  
den Schranken des Gerichtes, der Mann, der dem verfluch-  
ten Republikanismus die Richterschaft angehört  
und ihn gefördert hatte.

Bei jedem christlichen Menschen müssen die Art und Weise,  
wie man den Prozeß aufzog, und das Urteil, das jedem nor-  
malen Rechtsgefühl ins Gesicht schlägt, die größte Enttäuschung  
verursachen. Gätte nicht ein Sozialdemokrat vor Gericht  
gestanden, sondern ein frommer nationaler Mann, so hätte  
man die Dinge wohl sehr viel milder zu sehen vermocht.

Das Gericht hat es sich auch herausgenommen, in seiner  
Urteilsbegründung einen Auszug auf das politische Gebiet  
zu unternehmen. Es ist ironisch, daß beim porla-  
mentarischen System nicht bloß soziale Fähigkeiten, sondern  
auch die politische Zugehörigkeit über die Bezeichnung von  
Ministerposten entscheiden. Wir sind gewohnt, bei den so ge-  
nannten Geschäften sehr wenig politische Einsicht und wenig  
politisches Wissen zu finden, aber das eine sollten schließlich  
auch die Herren vom Leipziger Gericht wissen, daß auch das  
alte System, das offenbar nach ihrer Meinung dem parla-  
mentarischen so weit überlegen war, auch in sehr, sehr

vielen Fällen nicht den richtigen Mann an den richtigen  
Posten gebracht hat. Welche Ermüdungen für Wilhelm II. bei  
Ministerernennungen maßgebend waren, ist nur zu bekannt.  
Man braucht nur daran zu erinnern, daß er es fertig brachte,  
in der schweren Zeit des Krieges einen solchen unglücklichen  
Menschen wie den Herrn Michaelis auf den Reichsfanzler-  
posten zu setzen. Daß deutschnationale Richter dem allen Zu-  
stand nachtrauern, ist freilich nur zu begreiflich, hatten sie  
doch damals mit ihrer vorchriftsmäßigen Gesinnung Aus-  
sicht auf eine gute Karriere gehabt, auch ohne hervorragende  
Tätigkeiten.

Trotzdem die Sozialdemokratische Partei, sowie ihr die  
Verfehlungen Zeigners bekannt wurden, das ihrige getan hat,  
um Zeigner aus seiner politischen Stellung zu entfernen,  
bringt es ein Teil der bürgerlichen Presse immer noch fertig,  
den Fall Zeigner zu einer ganz niederträchtigen Gehe gegen  
die Partei auszunutzen. So schreiben die Leipziger Neuesten  
Nachrichten:

„In dem höchsten Rechtsabteilung des republikanischen  
Justizministers, an den ganzen Beziehungen zu Möbius hätte  
doch der Teil der Partei, auf den er sich stützte, weiter seinen  
Anspruch genommen, wenn die Sache nur höchst im Dunkeln ge-  
blieben wäre. Nicht daß Zeigner das Recht beugte, nicht daß er  
eine offene Hand hatte, nimmt ihm seine Unfähigkeit ab, ab-  
zuwehren; nur daß diese Dinge einer größeren Öffentlichkeit be-  
kannt geworden sind, ist ihr unangenehm. Wäre all das höchst  
im Kreise der Beamten geblieben, so könnte er ohne weiteres noch  
heute Justizminister oder Ministerpräsident des Reiches sein.“

Keine Spur von Beweisen hat das edle Leipziger Schar-  
fmacherorgan für seine Behauptung. Dem Blatt ist vielmehr  
sehr gut bekannt, daß niemand in der Partei vorher von den  
Verfehlungen Zeigners gewußt hat. Etwas Derartiges ist  
auch bisher nie in der Öffentlichkeit behauptet worden. Wenn  
es trotzdem das Blatt fertig bringt, so etwas zu behaupten, so  
ist das eine niederträchtige Verleumdung.

In den angeblich demokratischen Dresdner Neuesten  
Nachrichten führt Herr Theodor Schulte aus:

Wenn bisher die deutsche Justiz und die deutsche Beamten-  
schaft über jeden Verdacht der Korruption erhoben war und die  
Pflichttreue, die Reinheit und die Gewissenhaftigkeit des deut-  
schen Beamten in der ganzen Welt geradezu sprichwörtlich waren  
— steigt aus diesem Prozeß ein Geruch der Fäulnis empor. Man  
schüttelt sich vor Ekel. Wohin man auch blickt — überall ist  
etwas angefaulen oder unfest oder unklar oder zum mindesten  
verdächtig. Wohin man sich wendet — überall steht man auf der  
Spuren der Korruption. Wo die parteipolitische Korruption auf-  
tritt, die den Staat als Versorgungsanstalt für Inhaber  
des Parteibuchs aufbaute, beginnt die private Korruption des  
persönlichen Vorteils und des persönlichen Gewinnes. Und  
beide mischten sich: der Staat wird einerseits Erwerbsfeld für  
parteipolitische Verfehle, andererseits Ausbeutungsbasis für den

## Volksparteiliches Wahltheater

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei in  
Sannover ist wie ein Schaugebäude aufgezogen und  
heruntergeklappt worden. Er war Wahltheater. Eine  
entschiedene Klärung des Charakters der Volkspartei hat er  
nicht gebracht, das Ringen der Kräfte innerhalb der Partei  
geht weiter. Am ersten Verhandlungstage wurden zwei Tele-  
gramme abgeleitet, ein Guldigungstelegramm an Hinden-  
burg und ein Verberlichungstelegramm an Strese-  
mann. Es floß wie folgt:

Dem Prinzen gabst die Heimat du,  
In Sachsen schlugst du mächtig zu,  
Das neue Geld gabst du dem Land,  
Sei, Stresemann, mit Herz und Gant!

Daß Stresemann den Kronprinzen wieder aus Sol-  
land holte, gilt bei der Stimmenspartei als am ersten und  
höchsten zu feiernde Tat. Erst dann kommt die Abwürgung  
Sachsens. Sei!

Nachdem ein Duzend Referate über alle möglichen  
Themen gehalten waren — wobei keinerlei Diskussion erlaubt  
wurde — kam am zweiten Tage der gefeierte Strese-  
mann selbst und hielt ein zweistündiges Referat über:  
„Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit.“ Er  
sagte: Die Deutsche Volkspartei ist nur anfänglich in Oppo-  
sition gewesen, weil der Revolution das nationale Gefühl  
fehlte. Später ist die Vereinnahmung der Deutschnatio-  
nalen in die Regierung nicht an uns gescheitert, sondern an  
anderen Parteien. Wir waren bereit dazu! Unser Idee ist  
das Zusammenwirken von rechts bis zu einer staatsbejahen-  
den Sozialdemokratie. Wenn die Werbestraft der Sozial-  
demokratie abgenommen hat, so haben wir sie nicht dadurch  
überwunden, daß wir sie in die Opposition stießen, sondern  
dadurch, daß wir sie zur verantwortlichen Mitarbeit heron-  
gen. Solange über die Rolle der Radikalen in der Sozial-  
demokratie keine Klärung eingebracht ist, ist eine fruchtbare  
Reichspolitik mit der Sozialdemokratie nicht an führen. Man  
sagt, wir sollten das Schlagwort: „Los vom Marxismus“ in  
unsern Wahlspruch aufnehmen, aber wir brauchen nicht los  
vom Marxismus, denn wir sind niemals darin gewesen. Daß  
die Deutschnationalen sich zur Übernahme oder mög-  
lichen Beeinflussung der Regierung rufen, können wir nur  
begrüßen.

Also sprach Stresemann. Es war ein einziges Liebes-  
werben nach rechts. Der nationalliberale Führer Dr. Marek  
forderte, daß die Partei wieder, wie bei der Gründung, aus-  
schließlich eine Kampfpartei gegen den Marxismus  
werden müsse. „Wir müssen den Willen zur Be-  
kämpfung der Sozialdemokratie bis zur Ausrottung  
haben.“ — Stresemann erklärte feierlich im Schlusswort:  
„Grundsätzlich sind wir alle mit Marek einig, nur in  
der Frage des Zeitpunktes des Kampfes gegen die So-  
zialdemokratie müssen wir unterscheiden. Jetzt kann noch  
keine Rede davon sein, da die politische Gesamtlage noch das  
ganze Volk braucht.“

Stresemann will also mit der Verleumdung der Sozial-  
demokratie noch so lange warten, bis er mit den Deut-  
snationalen allein stark genug ist, um die Arbeiterkraft nieder-  
zuhalten. Wohin die Reise geht, das sagt der Wahlaufruf  
der Deutschen Volkspartei, der im Anschluß an  
Stresemanns Rede einstimmig vom Parteitag beschlossen wurde.  
Er feiert den Abbau des Achtundtages und  
der sozialistischen Wirtschaftsidee und verabschiedet am Schluss:

„Die Deutsche Volkspartei kämpft unter den alten Farben  
Schwarz-weiß-rot. Sie hofft auf eine Wiedererrichtung  
deutscher Macht und Größe unter einem deutschen Volks-  
kaiser.“

Monarchistisch bis auf die Knochen, selbst wenn man  
in der Regierung einer Republik sitzt. Und reaktionär in So-  
zialpolitik und großkapitalistisch in Wirtschaft — so ist man  
in der „Deutschen Volkspartei“. Ein politisches Gebilde, das  
nach außen in allen gewünschten „volksfreundlichen“ Farben  
schillert, im Innern der Herrschaft des Großkapitals dient.  
Das schaffende Volk wird mit diesem wiedererstandenen  
Nationalliberalismus am 4. Mai abzureißen haben.  
Wer die Deutsche Volkspartei unterstützt, be-  
trübt sich selbst!

Auch die deutschnationale Partei erlieh jetzt ihren Wahl-  
aufruf, der in ruhiger sachlicher Art Aufrechterhaltung der Republik,  
ethische Wirtschaft und Erziehung im Geiste des Volkstaates  
fordert. Der Aufruf enthält keinerlei Schärfe, ist aber auch kein  
Auf zum Kampfe für den Fortschritt. Er dürfte kaum jemand  
für diese deutschnationale Partei begeistern.